

15. Workshop zum **Jahrbuch für öffentliche Finanzen** 16./17.09.2022 in Leipzig

Finanz- und Haushaltspolitik im Bundesstaat

Spagat zwischen neuen Knappheitsbedingungen, wachsenden Transformationsanforderungen und makroökonomischen Unwägbarkeiten

Klimaneutral bis 2045 – eine Überforderung für Staat und Finanzpolitik?

1

Torsten Windels, Ökonom

Forschungsgruppe für Strukturwandels und Finanzpolitik, Hannover

Klimaschutz und Finanzpolitik: Dilemmata

- Klimaveränderungen werden sichtbar
- Klimaschutzgesetz: „Netto-Treibhausgasneutralität“ bis 2045 (§3 II KSG)
- Ziel: Verstromung (fast) aller energetischer Prozesse
- Russland-Krieg beschleunigt das Umbautempo zur Klimaneutralität
- Ausbau EE (Wind, Solar) ist marktmäßig möglich (Problem: Genehmigungen, Flächen, Akzeptanz)
- Hochtemperaturprozesse (Stahl, ...), Schwerlasttransporte (Güter, Luft-/Schifffahrt) brauchen H₂
- H₂-Wirtschaft braucht Infrastruktur (Pipeline, Importterminal), F&E Förderungen/Subventionen
- Bedarf öffentlicher Investitionen werden auf 35-50 Mrd EUR jährlich geschätzt

Aber:

- Corona, Russlandkrieg, Migration, Abbau Investitionsstau binden öffentliche Mittel
- Investitionen in Klimaanpassung (z.B. Deichbau) und Schadenbeseitigung (z.B. Ahrtal)
- Vorsorge ist billiger als Nachsorge, aber Nachsorge ist politisch drängender als Prävention
- Steuererhöhungsverzicht (FDP) und Schuldenbremsen begrenzen Finanzspielraum

Finanzpolitische Leitbilder im Wandel

- Leitbild „Schwarze Null“ brachte Rückgang öffentlicher Investitionen
- Öffentliche Infrastrukturen wurden zum Engpass für das Wachstum
- IMK-iw-Studie (2019) fordert 457 Mrd EUR öffentliche Investitionen (Klimaschutz nachrangig)
- Corona deckt weitere Vorsorgelücken auf (Gesundheit, Katastrophenschutz, Pflege, Bildung)
- Staat im Fokus der Schutzerwartungen der Menschen
- Nach Bankenrettung (Ersparnisgarantien, Merkel-Steinbrück (2008)) und Euro-Rettung („whatever it takes“, Draghi (2012)) ist Corona-Schutzschirm unlimitiert
- Kampf um das Staatsbild zwischen neoliberaler „Räuberbande“ und etatistischem Fürsorgestaat
- Nationalismus/Populismus gegen Freihandel, gespeist aus Vernachlässigungswahrnehmung
- Überforderter Staat, überforderte Finanzpolitik:
Staat soll alle Risiken tragen, bei fehlenden Mitteln (Institutionen, Personen, Geld) und Kompetenzen (Planung/Prävention neu lernen)
- Klimaschutz als Grundsatzherausforderung: elementar, präventiv, langfristig, kollektiv, global

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Torsten Windels

Ökonom

Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik
Hannover

Kontakt:

windels@fsf-hannover.de

www.fsf-hannover.de

